

Der Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Anmeldung 2,50 M., durch die Post
2,25 M., auswärts Anmeldegebühr,
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.

Im amtlichen Jahrbuch-Berichtsband
unter „Saale-Beilage“ eingetragen.

Für anvertraute eingehende Korrespondenz
wird keine Vergütung übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Beilage“ gestattet.

Redaktions- und Druckerei-Verlag
der Verlagsbuchhandlung: Große Mär-
straße 68, I; Leipzig Nr. 590 u. 591.

Saale-Beilage.

Dreizehnter Jahrgang.

wenden die Spaltenzahl aber durch
Raum mit 20 Pfg. (siehe auch Seite mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Bauhofstraße 17; und
unteren Annahmestellen und allen
Kameralen Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und umwärts 1 Mtl.

Erhalten täglich postamtlich,
Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Druck-Verlag:
Halle, Gr. Bauhofstraße 17;
Kriegsgerichtsstraße: Markt 24.
Anzeigen-Verlagsbuchhandlung:
Halle, Gr. Bauhofstraße 17; Leipzig
Nr. 590 u. 591.

Staatsbürgerliche Erziehung. *)

Wenn wir seit den Jahren unseres Bestehens den Gedanken der Bekämpfung der politischen Lässigkeit in der deutschen Jugend, soweit sie das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, verfolgt, haben wir uns um ein hohes Ziel unserer politischen Ausbildung bemüht. Heute dringt langsam mehr und mehr der Gedanke der Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung des deutschen Volkes, angefangen in unseren Volkshochschulen, fortgesetzt in den Fortbildung- und Hochschulen, durch, so daß wir wohl bald damit rechnen dürfen, daß der von uns politisch verfolgte Gedanke demnächst auch pädagogisch seine Früchte tragen wird. Noch kürzlich antwortete der deutsche Reichstanzler, daß er dem Gedanken der staatsbürgerlichen Erziehung des deutschen Volkes sehr sympathisch gegenüberstehe, und daß er prüfen lassen werde, inwieweit bereits in den jetzigen Lehrplänen dieser Gedanken der staatsbürgerlichen Erziehung im deutschen und geschichtlichen Unterricht verfolgt werde. Man darf sich wundern, daß immerhin noch wenige Kreise unseres Volkes die Gedankengänge, die zur Forderung der staatsbürgerlichen Erziehung führen, so wenig bekannt sind. Und doch liegen die Gründe hierfür, die allgemein politischen sowohl als auch die rein pädagogischen, klar auf der Hand. Das Wachstum der Sozialdemokratie deutet auf Mängel hin, die in unserer Erziehung gesucht werden müssen. Wenn ein Volk wie das deutsche eine Partei in sich hegt, die mit Bewußtsein den nationalen Staat bekämpft, so muß etwas in der Organisation unserer Staatsidee falsch sein, müssen wir einen Fehler begangen haben, der sich jetzt rächt. Und es ist nicht bloß ein Fehler, sondern mehrere Umstände treffen unglücklich zusammen. Von Bismarck sind wir mit dem allgemeinen gleichen Wahlsrecht befreit worden, ein Wahlsrecht, das eigentlich eine politische Reife voraussetzt, die nur ein politisch altes Volk sich erworben haben kann. Die Gründe, die Bismarck veranlaßten, in die Reichsverfassung das Reichstagswahlrecht aufzunehmen, sind bekannt. Bismarck verlor seine weisung des hohen Vorsitzes dieses Wahlsrechts, und heute sind wir mehr denn je überzeugt davon, daß an diesem Wahlsrecht unter keiner Bedingung zu rütteln ist. So müssen wir also, damit das Reichstagswahlrecht national günstig wirken kann, darauf hinarbeiten, daß das deutsche Volk politisch reif gemacht wird. Das allgemeine Wahlsrecht ist aber nur ein Teil der langsam in jedem modernen Verfassungsleben zunehmenden Demokratisierung, die, einmal im Fluß, nicht mehr eingedämmt werden kann. So verlangen wir ja eine Erweiterung der Teilnahme des Laienstandes in unserer Rechtsprechung, wir fordern die Selbstverwaltung, wir verlangen die Befreiung des Volkes von der Beamtenwirtschaft, und wie alle jene Forderungen heißen, die ein Ausfluß der Demokratisierung unseres politischen Lebens sind.

Man klagt nicht umsonst heute über den Byzantinismus und nach unten, der sich immer bei uns nach oben, und man trifft da sehr richtig eine Erscheinung unseres

politischen Lebens, die mit dem allgemeinen Wahlsrecht so wohl, als auch mit jener erwähnten Demokratisierung eng zusammenhängt. Die Massen, die den Ausschlag geben, werden und müssen umschmeichelt werden; diejenigen, die zur politischen Führung des Volkes berufen sind, fränken aber an einer politischen Lässigkeit, die den Schwerpunkt des politischen Lebens eben wieder in jene urteillose Menge hineinträgt. So bleibt uns nichts übrig; wir müssen uns als Volk politisch selbst erziehen. Bismarck glaubte, daß das allgemeine Wahlsrecht diese Selbstziehung schaffen werde; darin hat er sich getäuscht, und weil wir dies einsehen, müssen wir den Staat mobil machen dafür, daß er sich gute Staatsbürger erzieht; denn das ist schließlich der vornehmste Zweck jeder Gemeinschaft, daß sie sich Glieder schafft, die das Wesen und den Zweck dieser Gemeinschaft verstehen.

Der Gedanke, daß der Staat sich gute Bürger erziehen müsse, war noch lebendig in den Reden Fichtes an die deutsche Nation; dann ist er verblaßt. Bildung zu verbreiten, ist nun aber das wesentlichste Streben unserer Schullehrer. Sehen wir nun, daß dies nicht ausreicht, unser Volk auch politisch zu bilden, so ist es angebracht, aus den Bedürfnissen unserer Zeit heraus neue schulpolitische Ziele aufzustellen. Dieses neue Ziel aber ist die Erziehung des Deutschen zu dem Beruf, der uns allen gemeinsam ist, zum Beruf des Staatsbürgers.

So einfach auch diese Forderung und ihre Begründung ist, leider ist sie in ihrer Bedeutung für die Gesundheit unseres politischen Lebens noch nicht allgemein erfasst. Unsere Wahlsittlichkeit, vor allem die in den Einzelstaaten, redet eine lautgebende Sprache. Man klagt immer und immer wieder über die politische Lässigkeit gerade unseres Bürgertums. Und wenn es etwas besser gemorden ist in dieser Beziehung, so dürfen wir Jungliberale wohl mit Recht beanpruden, daß unsere Arbeit mit diesen günstigen Umständen veranlaßt hat. Aber wir können wohl eingesehen, daß wir allein in absehbarer Zeit diese politische Bildung dem deutschen Volke nicht geben können, schon deshalb nicht, weil wir ja nicht, wie die Schule, zu allen Kreisen kommen können. Wir aber sollten uns gerade bewußt zu dem Träger der Idee der staatsbürgerlichen Erziehung in Deutschland machen deshalb, weil wir ja in einem kleinen Kreise durch unsere Organisation das, was jetzt die staatsbürgerliche Erziehung dem ganzen Volke verschaffen soll, als Ziel verfolgt haben. Dieses Ziel aber ist die politische Reife des Volkes, jene Reife, die aufräumt mit der Verarmung des nationalen Staates, jedes Staates überhaupt, aufräumt mit jener Interessellosigkeit gegenüber dem politischen Leben, aufräumt mit jener Laubbild jeder öffentlichen Tätigkeit gegenüber.

Das 20. Jahrhundert soll nicht nur ein soziales, sondern wird wohl auch ein politisches Jahrhundert sein. Etwas hat das Wort geprägt: „Der 20. Jahrhundert gewachsen sein will, wird politischer Bildung bedürfnis.“ Daß wir als Volk, das erst verhältnismäßig spät zu den Segnungen eines Verfassungslebens gekommen ist, uns bemühen müssen, den Vorprung der anderen europäischen Kulturvölker in dieser Beziehung einzuholen, bedarf wohl keines Beweises. Erlangen können wir es aber nur dadurch, daß wir unsere Schule für diesen Gedanken der staats-

bürgerlichen Erziehung gewinnen. Die Erfahrungen, die andere Völker, so die Franzosen vor allen Dingen und die Schweizer, mit der Erteilung der Bürgerrechte in der Schule gemacht haben, sind günstig, so daß in dieser Beziehung Befürchtungen nicht vorzuhelfen sind. Freilich gehalten kann uns auch nur hier werden, wenn die breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung des deutschen Volkes mehr durchdrungen wird, auf daß dieser an und für sich so wertvolle Gedanke auf einen günstigen Boden fällt. Sobald die Regierungen den ersten Willen der Öffentlichkeit in dieser Beziehung erkannt haben werden, sobald vor allen Dingen unsere Parteien den hohen Wert der Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehung für die Gesundheit unseres gesamten öffentlichen Lebens eingesehen haben, wird in pädagogischer Hinsicht auch die Schule die hohe Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung übernehmen können. Je eher dies aber geschieht, um so besser ist es.
Dr. Köhler.

Deutsches Reich.

Ein neues Steuerkompromiß zur Reichsfinanzreform.

Wie die Pilze nach einem warmen Regen so gedeihen neuerdings die Steuerkompromisse. Abermals soll, so meldet wenigstens die „Berliner Morgenpost“, der freiconservative Vdg. v. G. ein Steuerkompromiß zur Finanzreform ausgearbeitet haben, das im wesentlichen folgendes befaßt:

Der neue Plan will, ebenso wie die Regierungsvorlage, 100 Millionen aus der Verbrauchsteuer und 100 Millionen aus der Brantweinsteuerung mehr herausheben. Nur 50 Millionen mehr sollen aus dem Tabak gezogen werden. Die „Einkommensteuer“ soll 100 Millionen einbringen. Aber sie soll diesmal bestehen aus:

- 1. einer Erhöhung der Reichs-Einkommensteuer mit Hinzunahme der Kinder (nicht der Ehegatten), die 50 Millionen mehr eintragen soll, und 2. aus der Einführung eines Reichs-erwerbungsmonopols oder aber — wahrscheinlicher — einer Lebensversicherungspolizenteuer mit ebenfalls 50 Millionen Ertrag.

Die bisher eingeführten Steuern ergeben 350 Millionen Mark Aufkommen. An den 500 Millionen, die noch immer als Deckungsnotwendigkeit angesehen werden, fehlen dann noch 150 Millionen Mark. Diese sollen wie folgt aufgebracht werden: 1. 25 Millionen Markatrikularbeiträge (wie in der Regierungsvorlage); 2. 35 Millionen Mark auf die von der Regierung geplante Herabsetzung der Zuckersteuer; 3. 15 Millionen aus einer Zündholzsteuer; 4. 40 Millionen aus einer Erhöhung des Zolles auf Kaffee und Tee und schließlich 5. aus der Weitererhebung der (von der Regierung bekanntlich zur Aufhebung empfohlenen) Fahrkartensteuer und ihrer Ausdehnung auf die vierte Klasse; 25 Millionen Mark. Für die restierenden 10 Millionen Mark wird noch eine kleine Reservesteuer vorhanden sein.

Selbstverständlich hat auch die — „Germania“, die Tag und Nacht in Angst schwebt, der verhasste Bloch könnte

Feuilleton.

Unterhaltungsblatt. Das Kind von Goslar. Von Adolf Wilbrandt. (Gort.) — Angeklagt. Von Reinhold Dittmann. — Bunte Zeitung. Aus Königin Wilhelminens Jugend. Carujos Memoiren. Seltsame Erfindungen. — Literatur.

Ein Vermittler zwischen England und Deutschland.

Am 22. März fährt sich zum hundertsten Male der Geburtstag eines Mannes, der in langer diplomatischer Laufbahn erfolgreich mitgearbeitet hat an der Größe Preußens und an der Einigung des Deutschen Reiches, des Grafen Alfred von Bernstorff. Sein Leben und Wirken ist auf Grund seiner nachgelassenen Briefe, Aufzeichnungen und Dokumente in einem kleinen Werte dargestellt, das Karl Rinow im Verlage von Mittler & Sohn in Berlin herausgegeben hat. In einem Kleinkinde geboren, einem dänischen Geschlecht entstammend, hatte er doch schon früh in seinem Wesen einen deutschen Nationalismus ausgesprochen und war jung in den preussischen Staatsdienst eingetreten. Mit prophetischer Sicherheit erahnte er schon vor der Revolution von 1848 im Geiste Preußens als die in Zukunft ausschlaggebende Macht Deutschlands; während der Revolutionswirren schreift er aus München, wo er preussischer Gesandter war, an seine Mutter:

„Was mein deutsches und preussisches Herz gelitten hat und noch täglich leidet, darüber schweige ich... Ich werde in Dienst bleiben, solange man mich nicht fortstößt und ich es mit Ehren tun kann... Insbesondere habe ich eine Wiedergeburt Deutschlands im Sinne einer größeren Einheit und größeren Stärke nach außen, ich könnte sagen von Kind an, fast lebenslanglich gewünscht, und kein Standesopfer würde

mir, wenn dies wirklich erreicht zu werden vermöchte, zu groß sein. Daran mitzuarbeiten, könnte daher nur mein hehligster Wunsch und meine aufrichtigste Freude sein.“

Dieses Ideal des Neunundzwanzigjährigen ist ihm durch weitere 25 Jahre, in denen er an den politischen Geschäften Europas tätigen Anteil nahm, das wichtigste Leitmotiv seines Handelns geblieben. Als Gesandter in Wien lernte er das höhere Wesen der deutschen Einheitsbewegung ganz begreifen und die Notwendigkeit verstehen, das dem Verlangen Österreichs nach der Hegemonie in Deutschland starke Dämme entgegenzusetzen werden müßten. Auch der Ansicht an Ausland, den die preussische Politik damals verfolgte, erschien ihm unheilvoll, und so wurde er durch seine diplomatischen Erfahrungen immer fester auf England hingewiesen, in dem er den natürlichen Bundesgenossen Deutschlands zu finden meinte. Deutschland und Großbritannien erschienen ihm als die beiden Mächte der Zukunft, die die Freiheit Europas zu verteidigen berufen seien und ein Bollwerk gegen die Ausbreitung russischer und auch französischer Macht aufrichten müßten. Diese Gedanken, denen er bis zum Tode treu geblieben, machten ihn zum berufenen Vermittler in den Beziehungen zwischen England und Preußen und dann später zwischen England und dem Norddeutschen Bund, zwischen England und dem Deutschen Reich. Er hat diese lebenslange Tätigkeit während der Jahre 1854/61 und 1862/71 ausgeübt, in denen er wohlkühler am englischen Hofe war. In die kurze Zwischenzeit fällt sein Wirken als Minister des Auswärtigen, in dem er die für Deutschlands Handelsentwicklung so wichtigen Handelsverträge mit Frankreich und China und Japan zum Abschluß brachte. Manche Vorkämpfer hat Bernstorff in London auskosten müssen, denn die öffentliche Meinung Englands war vielfach gegen Preußen voreingenommen, aber sein unerwählter Glaube an die natürliche Zusammengehörigkeit dieser beiden Völker ließ ihn immer wieder Mittel und Wege der Verständigung finden, und trug ihm selbst in ganz England die herzlichsten Sympathien ein. Als Bernstorff 1854 nach London kam, fand

die britische Macht und Industrie auf einer Höhe, von der aus die Söhne Wilhelms mit Stolz und Mitleidenschaft auf das gerissene Deutschland herabsehen. Das kam besonders in dem hochfahrenden Ton der Zeitungen zum Ausdruck, nach deren Meinung all die kleinen deutschen Staaten sich glücklich schätzen mußten, wenn England ihnen Waren lieferte. Diese Geringschätzung der Presse wuchs zur Wut, als Preußen während des Krimkrieges nach dem Ausbruch des englischen Staatsstreichs Clarendon „ganz im russischen Schmähworte segelte“. Aus den Berichten Bernstorffs geht hervor, einen wie hohen Grad die Gereiztheit der englischen Nation gegen Preußen erreichte. Die Königin, die den antipreussischen Fanatismus durchaus nicht teilte, durfte nur behutsam eingreifen, doch hat sie besonders in den sechziger Jahren, als die Schleswig-holsteinische Frage neue Erbitterung in England hervorrief, für Preußen Partei genommen. Als Preußen dann zwischen England und Rußland friedlich vermittelte, strogten die Spalten der britischen Presse, die den weiteren Krieg wollte, „von Inzertionen, sie schleuderte Drohungen gegen Preußen und redete von neuem von einer Blockade der preussischen Häfen“. Besonders die „Times“ betrieb eine systematische Deserte gegen Preußen und verlangte, daß es von der Beteiligung an der Friedenskonferenz ausgeschlossen werde. In dieser schwierigen Lage zeigte Bernstorff eine feltene Ruhe und Unparteilichkeit; er wußte Disraeli auf seine Seite zu bringen, dessen Organ „The Press“ nun mit Entschiedenheit für Preußen eintrat. Nach langen schweren Wochen des Konferierens und Verhandels leitete Bernstorff die Beteiligung Preußens an der Friedenskonferenz durch und erforderte durch seine Standhaftigkeit und feste Haltung einen moralischen Sieg, der den englischen Staatsmännern zur Warnung diente, der preussischen Monarchie gegenüber den Hagen nicht zu überspannen. Eine Befestigung der englischen Stimmung erfolgte durch die Verlobung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Royal; der Schluß des Prinzen von Preußen und seiner Gemahlin in London wurde mit Beifall aufgenommen und ein großes glanzvolles gelungenes Fest, das Bernstorff in der preussischen Gesand-

ein Kompromiß ohne die ebendamals regierende Partei" zu bringen, so diesen Korrespondenz-Mitteilungen, die sich in manchen Punkten mit ihren Informationen decken, gehört und selbstverständlich ist es nach dem ultramontanen Drang der Freijünger, dem jede Schiedsrichter, selbst die Heranziehung der 4. Wagenklasse zur Fahrkartensteuer (denn in der Wiederaufnahme ist einfaß nichts unmöglich) zuzusetzen ist! — Sieht sich denn wirklich gar so schlecht im Schmolzwinkel?

Die Brauntweinsteuer in der Kommission.

Aus Berlin wird unter dem 23. d. Mts. berichtet: Bei den Verhandlungen der Finanzkommission über den neuen Brauntweinsteuervorschlag erklärte der Nationalliberal Dr. Weber die Gemeinbürgerschaft mit den Freijüngern. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung der Liebesgabe. Während der Entwurf der Kontingentspannung (Liebesgabe) für die nächsten fünf Jahre auf 15 Mark und dann darnach auf 10 Mark festlegen will, beantragen die Freijünger ihre weitere Herabsetzung um je 5 Mark von fünf bis fünf Jahren bis auf 5 Mark. Die Konservativen beantragen, für die nächsten fünf Jahre die jetzt geltende Spannung von 20 Mark beizubehalten und sie dann dauernd auf 15 Mark festzulegen, während das Zentrum mit dem Antrag hervortritt, die Spannung von 20 Mark zu vermindern, wofür auch der Abgeordnete Dr. Köstler-Auersolern eintritt.

Die sehr lebhaft verhandelt wurde sich heute zum größten Teil um diese Frage. Der Vertreter der Freijünger erklärte für die linksliberalen Fraktionen grundsätzlich ein Brauntweinsteuererlass, das die Liebesgabe nicht in ganz erheblichem Maße herabzusetzen, für eine nachher und hielt den Konservativen entgegen, daß sie bei der ersten Forderung der Monopolvorlage sich gleichfalls mit einer wesentlichen Herabsetzung der Kontingentspannung einverstanden erklärt hätten, um wie ihr damaliger Wortführer erklärte, nicht länger das Obium der heutigen Liebesgaben zu tragen, die am meisten den Süddeutschen zugute kommen. Und nun gar erst das Zentrum habe seine Stellung ganz und gar gewandelt.

Der Vertreter der Konservativen bemerkte darauf, daß, wenn die Freijünger auf ihrem Widerstand beharren, so müsse man eben leben, wo man — eine andere Majorität finde! Mit einer Herabsetzung der Spannung auf 15 Mark nach Ablauf der Übergangszeit glaube man den Freijüngern weit entgegengekommen zu sein. Hierauf erklärte Dr. Weber, daß er für die Kommissionsvorlage eintrete, weil er nicht die Absicht habe, ohne die Freijünger in ein Gesetz zu machen.

Für die Freijünger nahm dann Dr. Meyer das Wort und führte aus, es sei gewiß ertheilich, wenn sich, wie der Wortführer der Reichstagspartei gemeint hatte, eine große Mehrheit für die Reform zusammenfinde. Aber hier geht nicht das Wort; minima non curat praetor; es handelte sich um eine eingehende grundsätzliche Meinungsverhandlung über die Frage der Liebesgabe. Wollen die Konservativen das Gesetz mit dem Zentrum machen unter Ausschaltung der Linken, so mögen sie es tun, die Schuld liegt dann nicht bei den Freijüngern. Der freijüngerische Redner erklärte noch einmal die Bereitwilligkeit seiner Freunde, auf den Grundlagen des Entwurfs mitzuarbeiten. Der Antrag Dietrich solle keinen Vermittlungsvorschlag dar, sondern ein Zurückweichen gegen die frühere Bereitwilligkeit, sofort eine Herabsetzung der Liebesgabe zu bewilligen. Man solle sich der Verhältnisse der Verhältnisse der Süddeutschen Konzeption gegenüber. Das Verhalten der Süddeutschen erschwere das Zustandekommen der Reichstagsreform ganz erheblich. Die Aussprache wurde zur nächsten Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Ärzte und Krankenkassen.

Der „Verein der Industriellen“ des Regierungsbezirks A. d. N. in einer sehr besuchten Versammlung Stellung zu dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen. Der Verein bekennt sich als Anhänger der beschränkten und als Gegner der unbedingten freien Arztwahl. Der Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen habe zu den bedenklichsten Erscheinungen geführt, die einen Eingriff der Behörden erforderlich machten. Insbesondere müsse die Berufserklärung der Kassenzugehörigen durch den Arztverein unbedingt verurteilt werden. Eine gezielte Regelung der Frage sei erforderlich, um den Krankenkassen das Recht auf ärztliche Hilfe zu sichern. Die Einlegung von obligatorischen Schiedsinstanzen zur Beilegung von Streitigkeiten sei erforderlich. Darüber hinaus müsse entweder den Krankenkassen die ärztliche Hilfe sichergestellt, oder die

Schuld zu Ehren der Königin und des Brautpaares gab, bezeugte einen Höhepunkt der neuen Sympathien. Humorvoll erzählt die Gräfin Bernstorff, wie vor dem Ball nach einander mehrere Hofdamen im feierlichsten Staatsstolz sich nach dem König und der Königin die richtige Seite habe und für genügend frische Luft gelorbt sei. Wochentag nach der Hochzeit in der Presse noch feierliche Stimmen laut werden, so überwiegt in der Kaiserfamilie das Gefühl der Sympathie und später bildete sich dank dem guten Einbruch, den unser Prinz machte, für das junge Paar eine erste und sogar rührende Zuneigung heraus. „Neu Entwürfungen wurden in der englischen Presse während des Krieges gegen Dänemark entworfen; dagegen erlebte Bernstorff während des Krieges von 1866 die Genugung, daß die öffentliche Meinung sich ganz auf die Seite Preußens stellte. Und ein reines, hohes Glücksgefühl lag in ihm ein, der so schwer unter der englischen Preußenfeindschaft gelitten, als die Siege von 1870 die endliche Erfüllung all seiner Hoffnungen brachten. Sein Wirken für eine Verständigung mit England wurde belohnt und er durfte die Hoffnung aussprechen:

„Je mehr die Gemeinamkeit der Gefahren und Interessen hervorritt, desto enger werden sich auch die bedürftigsten Beziehungen der beiden Nationen wieder gestalten.“

Er gewann einen großen Einfluß auf die Presse, die ja in keinem Lande der Welt eine solche Macht hat wie in England. Bei Beginn des Krieges 1870/71 reichte er durch seine schnelle Annahme der preussischen Politik, die der Kaiserin auf dem Wege nach Madeira war und von der Gefahr keine Ahnung hatte vor einem vernünftigen Ueberfall durch die französische Heerarmee. Nach dem Siege bei Sedan wurden freilich die Sympathien für Frankreich in der englischen öffentlichen Meinung wieder stärker, aber bis zu seinem Tode, 1873, mußte Bernstorff doch die guten Beziehungen weiter zu stärken.

Kassen müßten von der Leistung der ärztlichen Hilfe in Natura entbunden werden, wenn es ihnen durch Ärzte-Streiks nicht möglich sei, ärztliche Hilfe zu gewähren. Inzwischen erwarten die Industriellen von den zuständigen staatlichen und städtischen Behörden, daß sie alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um die Verzugs-Erklärung der Krankenkassenärzte aufzuheben, damit ein Zusammenwirken der behördlich angeordneten Ärzte erzielt werden könne.

Parlamentarisches.

Die Stempelsteuer.

Berlin, 23. März. Die Kommission zur Beratung der Stempelsteuervorlage legte gestern die Beratung der Vorlage bei der Tarifstelle Budget- und Mieterteile fort. Man erörterte die Frage, ob die untere Grenze des Mietjahreswertes für die Versteigerung von 300 auf 400 M. herabgesetzt werden soll, wie dies die Freijünger beantragten. Die Ansichten waren geteilt. Das Zentrum erklärte, einstweilen gegen den Antrag stimmen zu wollen, behielt sich jedoch seine endgültige Stellungnahme vor. Seitens der Freijünger und der Nationalliberalen war der Antrag geteilt worden, generelle Mieträume in bezug auf die Versteigerung der Pachtverträge für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke gleichzustellen. Der Minister erklärte aber, daß für die Miete genereller Räume bis zu einem Jahreswert von etwa 3000 M. eine Herabsetzung vielleicht berechtigt sei, dagegen für höhere Mietwerte bei Wägen usw. die Ansicht berechtigt, daß der Stempel ebenso zu erheben sei wie für die Miete von Wohnungen. Die Kommission kam nicht zu einer endgültigen Beschlußfassung, sondern erklärte vielmehr, im Prinzip den vom Minister aufgestellten Grundsatze für berechtigt. Ferner wurde die Frage erörtert, ob nicht, wie die Nationalliberalen beantragten, eine Staffelung des Pachtzinses der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke bei einem Jahrespachtzins von 3000 bis 30000 M. von 1/200 bis zum Hundert und bei mehr als 30000 M. von 1/100 zum Hundert eintreten könne. Der Minister erklärte hierzu, daß es wohl berechtigt sei, bei höherem Pachtzins als 3000 M. jährlich eine Steigerung eintreten zu lassen. Die Kommission erklärte sich im Grundsatze damit einverstanden. Die Vorbereitung dieser Vor schläge wurde der Subkommission mit der Maßgabe übertragen, daß sie auch die vorstehenden grundsätzlichen Beschlüsse ausarbeiten soll. Ein Antrag des Zentrums, die Staffelung für den Miettempel über 8000 M. hinaus bis mehr als 12000 M. von 1000 zu 1000 M. um je 1/100 bis zur Gesamthöhe von 1/100 Prozent vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen und ebenfalls zur Beschlußfassung der Subkommission übertragen.

Die Wahlscheidungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl des Abgeordneten Dr. Mendel und L. Schwabe-Schmalzhausen nach der Wahl erklärt, was das Plenum wird nach Lage der Dinge diesem Beschlusse voraussichtlich beitreten. Nach Ostern werden also sechs bis sieben Mandate vom Plenum zu fassen sein. Dr. Wendland war mit vier Stimmen über die absolute Mehrheit (mit 157) gemählt worden.

Heer und Flotte.

Die ersten Berichte über die Beteiligung der Militärmannschaften am landwirtschaftlichen Unterricht haben, der „Post“ zufolge ergeben, daß diese Beteiligung eine ganz unerwartet rege ist. Der Unterricht ist jetzt in allen Garnisonen, wo er sich ermöglichen ließ, zur Durchführung gelangt. Aus einzelnen Orten wird gemeldet, daß die Hörer sich „bataillonweise“ einfinden, so daß die für die Vorträge eingerichteten Räumlichkeiten kaum ausreichen. Die praktische Regelung der Unterrichtsverteilung hat fast ausnahmslos dahin geführt, daß zur Verfügung stehende Landwirtschaftslehrer, sowie praktische Landwirte sich in den Dienst der Sache stellten. In einzelnen Garnisonen haben sich auch Offiziere als Zuhörer am landwirtschaftlichen Unterricht beteiligt.

Deutscher Reichstag.

233. Sitzung vom 24. März.

Am Tische des Bundesrates: v. Tirpitz, v. Schoen, Capelle.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Der Marinetat.

Hg. Jhr. v. Thünefeld (Ztr.)

erstattet ausführlichen Bericht über die Beratungen der Budgetkommission.

Beim Gehalt des Staatssekretärs soll eine allgemeine Aussprache stattfinden.

Präsident Graf Stolberg:

Es medelt sich niemand zum Wort. (Rebhafter Beifall.)

Hg. Einger (Soz.):

(Zur Geschäftsordnung.) Wir sind der Meinung, daß die Frage, die die öffentliche Meinung seit einigen Tagen beschäftigt hat, nämlich die der Fottentzürungen, auch hier ausführlich zur Sprache gebracht werden muß. Es ist uns mitgeteilt worden, daß der Bunds beschließt, diese Angelegenheit beim Etat des Reichstanzlers zu erörtern. Da wir gehört haben, daß der Reichstanzler in der nächsten Woche seinen Etat hier vertreten will, so war das für uns die einzige Veranlassung, daß sich niemand von uns zu Worte meldete. Jedenfalls werden wir aber an dieser wichtigen Frage nicht debattelos hier im Parlament vorübergehen. Wir werden vom Reichstanzler in aller Ausführlichkeit Auskunft verlangen. (Beifall bei den Soz.)

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso eine Reihe von weiteren Kapiteln.

Es folgt das Kapitel: Instandhaltung der Flotte und der Werften.

Hg. Seering (Soz.):

Heute hätten die Vorgänge im englischen Parlament hier besprochen werden sollen. Aber der Reichstanzler ist nicht erschienen. Die Nation verlangt Klarheit. (Präsident Graf Stolberg: Wir sind bei der Spezialberatung.) Der Redner bespricht die Arbeitsverhältnisse auf der Werft in Wilhelmshaven. Beschwerden über die Vermattung läßt das Reichsmarinemat unbestätigt. Darum müssen diese Dinge hier im Reichstage erörtert werden. Um die Reklamation des Reichstages, Arbeiten nur an karitativem Firmen zu vergeben, kündigt sich die Ver-

waltung nicht. So geht man mit Beschlüssen des Parlaments aus. Die Lohnverhältnisse sind immer noch ungenügend. Das Aufwischpersonal kann erheblich verringert werden. Die glatte Abwicklung der Geschäfte wird durch das große Beamtenheer nicht gefördert. Die Werften vertreiben sich die Langeweile damit, die Arbeiter zu schikanieren. Der Redner bringt verschiedene Beschlüsse vor.

Geheimer Admiralitätsrat Harms

weist die Angriffe gegen die Werftverwaltungen zurück. Die einzelnen Beschwerden werden lademäßig erledigt. Auf Eingeliefene könne hier nicht eingegangen werden, das das vorgelegte Material erst geprüft werden muß.

Beim Kapitel „Zentralverwaltung für das Schutzgebiet Kiautschou“ wird eine Resolution der Budgetkommission angenommen, die eine Vereinfachung dieser Zentralverwaltung fordert.

Der ordentliche Etat wird erledigt. Es folgen die außerordentlichen Ausgaben.

Bei den Forderungen für Neubauten an Schiffen erklärt

Hg. Schroder (fr. Bgg.):

Bisher hat das hohe Haus lediglich Beschlüsse seiner Kommission bestätigt. Hier wäre nun der Punkt, an dem die Frage behandelt werden könnte, die in den letzten Tagen vor allem das Interesse der Öffentlichkeit erregt hat, nämlich die Frage des Verhältnisses unserer Marine zu den englischen. Wie die Parteien haben sich dahin geäußert, die Frage hier an dieser Stelle nicht zu erörtern. Sie hat eine politische Bedeutung angenommen, die weit über das Technische hinausgeht. Sie soll daher beim Etat des Reichstanzlers in der nächsten Woche behandelt werden. Wir hoffen, daß uns der Reichstanzler jede Auskunft gibt, die wir verlangen. (Beifall.)

Weitere Erklärungen erfolgen nicht.

Der außerordentliche Etat wird ohne Debatte erledigt, ebenso die Einnahmen. Angenommen wird eine Resolution der Budgetkommission, die den Reichstanzler ermächtigt, im nächsten jährigen Etat die gesamten Ausgaben für den Bau von Torpedobooten und Unterseebooten im ordentlichen Etat zu fohern.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Reichstanz des Innern, Militärstat, Postetat (normalis in die Kommission verweilene Kapitel), Invalidenfonds, Pensionsfonds, Automobilhaftpflichtgesetz. — Schluß 3 1/2 Uhr.

Ausland.

Die Kriegsgesfahr.

Noch keine Entscheidung in Sicht.

Am Donnerstag — so hatte die Regierung in Wien nach langem Zaudern proklamiert — sollte durch die Ueberreichung der österreichischen Note in Belgrad eine Entscheidung erzwungen werden. Den Donnerstag ist aber von einer österreichischen Note ist nicht die Rede. Statt dessen wird gemeldet:

Wien, 24. März. Im Auswärtigen Amte wurde

erklärt, daß die Note an Serbien nicht vor Ende der Woche in Belgrad überreicht wird, frühestens Sonnabend, vielleicht erst Sonntag.

Die österreichische Langmut in Ehren! Aber allgemach macht es einen peinlichen Eindruck, wenn die Großmacht an dem Donau immer wieder zögert, den Räder, der sich in ihre Waden verhaselt hat, mit einem energischen Ruck abzuschütteln. Nach den Erfahrungen, die man bis jetzt gemacht hat, scheint es fraglich, ob die Wiener Regierung am Sonntag das Ultimatum stellt, oder ob sie wiederum „um allerletzten Male“ dem verhaselten Seldem Gelegenheit gibt, sich zu befehlen und — seine Rückfragen zu verzwollständigen.

Mit den Kriegsvorbereitungen bleibt man übrigens auch auf österreichischer Seite nicht müßig. So berichtet ein Telegramm u. a. über die

Mobilisierung der Flotte.

Pola, 24. März. Die in Pola zusammengezogene Kriegsflotte der österreichisch-ungarischen Monarchie hat den Befehl erhalten, sich kriegsbereit zu machen und auf einen Tag zu halten. Dem Geschwaderchef ist eine verpackte Order zugegangen, die erst in See geöffnet werden darf.

Die beiden „Eskadras“, wie man in Oesterreich sagt, sind erst neuerdings zu einer erhöhten Kriegsbereitschaft umformiert worden.

In die „aktive Eskadre“ wurden die drei Linienfahrzeuge der Erzherzogin, der neue Panzerkreuzer „St. Georg“ die beiden Torpedoschnitzschiffe „Tarni“ und „Sandur“ sowie die sechs Hochseeboote „Friton“, „Sparza“, „Storpien“, „Matter“, „Cobra“ und „Pistolen“ eingeteilt.

Ueber die Vorbereitungen der österreichischen Land-

armee wird weiter gemeldet:

Wien, 23. März. Neuerlich sind 5000 Mann Infanterie nach Bosnien abgezogen, darunter die bekannten „Hessler“ (Inf. Reg. Nr. 49). Der Transport erfolgte in möglichst kleinen Trupps. Ein Militärtransportkommando steht die Fahrordnung im Einvernehmen mit der Bahnverwaltung fest. Durchgehende Züge, die am vorteilhaftesten wären, werden noch vermieden, weil man die Entzüge der Eisenbahn nicht einstellen will. Der genaue Stand der jetzt in Bosnien befindlichen Truppen beträgt 97 Bataillone Infanterie und Jägertruppen, das Bataillon zu 1000 Mann. Da ein Armeekorps durchschnittlich 30 Bataillone zählt, sind das etwa 3 Armeekorps. Bosnien ist damit durch Truppen so stark besetzt, daß ein Nachstoß vor dem Vormarsch durch ein feindliches Gebiet nicht mehr möglich ist. Aller Handel und Verkehr in Bosnien fließt unter dem Drucke dieser Massen. Die Bereitwilligkeit kostet allein fast 400 000 Kronen und wozu noch 50 000 Kronen täglich für die Verpflegung der Familien der einberufenen Reservisten kommen. Dazu kommen noch die Verkehrtswagen für Munition, und die Verpflegungsmittel, so daß Oesterreich jeden Tag, den es der diplomatischen Aktion der Weltmächte noch einräumt, sehr teuer bezahlen muß. In der Munitionsfabrik in Wöllersdorf werden seit der Verhaftung der Situation in den allerletzten Tagen wieder Tag und Nacht gearbeitet, sogar Sonntags wurde durchgearbeitet.

Die Eröffnung des italienischen Parlaments.

Angedichts der kritischen Situation in der äußeren Politik wurde die Thronrede des Königs Viktor Emanuel mit besonderer Spannung erwartet. Sie wandte sich indessen

der Sturm eine Gefahrdrohung von 70 englischen Meilen pro Stunde hatte.

Am 9. Januar wurde der südliche Punkt erreicht; hier hülte Leutnant Shackleton die englische Flagge.

Die Rückreise mußte angetreten werden, weil der Proviant für ein weiteres Vordringen nach dem Süden nicht genügt hätte. Bei der Rückkehr mußten die Mitglieder der Expedition sich mit ganz kleinen Rationen begnügen, da der Proviant zu Ende ging. Am 26. Januar wurde die letzte Ration aufgegeben. Nun waren die Expeditionsmitglieder gänzlich ohne Nahrung, und es waren noch lange Strecken zurückzulegen, um das Depot zu erreichen, das früher erreicht worden war. Endlich, nach ungeheuren Anstrengungen und körperlichen Entbehrungen, erreichte die Expedition am 27. Januar das Depot. Da die Teilnehmer fast 24 Stunden ohne Nahrung geblieben waren, war die gesamte Expedition in einem Zustande der größten Erschöpfung. Noch einige Stunden, und die mutigen Südpolreisenden wären der maßlosen Kälte erlegen.

Ein zweiter Teil der Expedition erreichte den südlichen magnetischen Pol.

72 Grad 25 Min. Breite und 154 Grad Länge östlich von Greenwich. Hier herrschten gewaltige südliche Winde; die Temperatur war 50 Grad unter Null. Auch dieser Teil der Expedition mußte die Weiterreise nach dem Süden wegen Mangels an Proviant aufgeben. Der Proviant war am 3. Februar zu Ende. Gleich ihren Gefährten mußten auch diese nach 24 Stunden ohne Nahrung auskommen, bis endlich am 4. Februar das Depot erreicht wurde. In demselben Tage erreichte das Schiff „Nimrod“ das Depot; es war zur Rettung ausgesandt worden, da man um das Schicksal der Forscher besorgt war.

Die Forscher bestiegen die Gebirgshöhe Erebus, einen Berg, der sich im südlichen Teil der Antarktischen Halbinsel befindet. In dieser Gegend wurde die wichtigste Entdeckung gemacht, daß Kohlen in großen Mengen vorliegen. Kohlen wurde bei dieser Expedition entdeckt. Nach einem weiteren Berichte des Leutnants Shackleton hat der Krater des Vulkanus Erebus einen Durchmesser von etwa hundert englischen Meilen und ist 800 Fuß tief. Er füllt sich mit flüssiger Lava und Gasen. Die Höhe des Vulkanus beträgt 2000 Fuß. Die Expedition demagte sich 400 Meilen südwärts über das Eis der See. Die Expedition wurde am 29. Oktober und rückte unter beständiger Todesgefahr über eine Decke von weichem Schnee vor, die sich über die Abgründe spannte. Die kleinen mannsbürtigen Pferde litten an Schneebindheit. Mehrere mußten erschossen werden. Am 26. Dezbr. befand man sich unter 88 Grad 23 Min. südlicher Breite auf einer Höhe von 10000 Fuß über dem Meere.

Auf der Rückreise litten die Mitglieder der Expedition infolge des Hungers und Verdessehs unter Dolerenzien. Am 27. Februar wurden zwei Teilnehmer in einem Lager zurückgelassen. Shackleton und ein Begleiter gingen weiter, um den „Nimrod“ zu suchen, den man mit Hilfe des Heliotraphen auffand.

Shackleton glaubt, daß der Südpol auf der 10000 Fuß über dem Meere befindlichen Höhe liegt. Die Expedition hat auch eine neue Reihe von Küstenbergen entdeckt, die nur 69 Grad und 48 Minuten südlicher Breite und 166 Grad östlicher Länge liegen. Unter Skorstub hatte die Expedition überhaupt nicht zu leben.

Ein anderer Teil der Expedition hat die Küste von der Mac Murdo-Straße bis zum Drygalski-Gletscher trigonometrisch festgelegt.

Even Hebin über Shackletons Erfolg.

Even Hebin, der augenblicklich in Leipzig weilt, wurde von einem Mitarbeiter des „Leipz. Tagebl.“ um seine Meinung gefragt, ob er an die Richtigkeit der Nachricht glaube, daß Leutnant Shackleton den Südpol erreicht habe. Even Hebin sagte, er halte es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß Shackleton und seine Gefährten bis zum Südpol vordringen seien. Die Expedition des englischen Leutnants sei vortrefflich ausgerüstet; Shackleton habe, so sagte der berühmte Tibetforscher, namentlich auf seine Schneemotobile außerordentliche Hoffnungen gesetzt, die sich jetzt wohl erfüllt hätten.

Die Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller veranlaßt einen Antrag aus dem Geschäftsbereich für das Jahr 1908, in dem die Erlöse des verfallenen Jahres ziffermäßig niedergelegt sind. Es wurden veranlagt an Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern M. 112,000, an Zinsen M. 64,000 und an außerordentlichen Einnahmen M. 29,000, somit ist eine Gesamteinnahme von M. 205,000 zu verzeichnen. An Pensionen und Zulässen wurden M. 28,000 zur Auszahlung gebracht. Das Geschäftsjahr 1908 schließt nach leistungsgemäßer Ueberweisung an die Pensionsreferende, den Referenzfonds, die Zuschußfonds und den Stiftungsfonds mit einem Ueberschuß von Mark 22,400. Nach den Umsweisen der Bilanz besitzet sich die Pensionsreferende auf M. 1,123,000, die sonstigen Referenzen und Rücklagen betragen M. 420,900. Der Pensionsreferende, die die Gesamtheit derjenigen Mittel umfaßt, die zur Dedung der feststehenden rechtlichen Verpflichtungen notwendig sind, liegen somit 47 Proz. an Referenzen und sonstigen Rücklagen gegenüber. Das Gesamtergebnis beträgt 3. Jt. M. 1,700,000. Der Antrag, der in gedrängter Form einen Ueberschuß über die so erfreuliche Entwidlung der Anstalt bietet, ist kostenlos durch die Geschäftsstelle — München, Max-Josefsplatz 1 — zu beziehen.

Theater und Musik.

Ein Richard-Wagner-Theater in Berlin. Durch den neu gegründeten Berliner Opernverein sind alle Vorbereitungen getroffen worden, um im kommenden Jahre ein Richard-Wagner-Theater zu eröffnen, das dann vom Jahre 1914 ab, wo die Werke Wagners frei werden, vornehmlich mit der Aufführung Wagnerischer Opern besetzt sein wird. Das neue Theater wird 2500 Personen fassen, mit- und ohne Orchester. Die Aufführungen sollen zu maßhaltigen Preisen stattfinden. Die ganze Gründung lehnt sich an das Kaiser-ber Freies Volksbühne an.

Zu dem Wandlungsbild im Deutschen Theater in Berlin. Wie berichtet, war während der Generalprobe des „Faust“ die Kleidung der erst 17jährigen Schauspielerin Elni Rothe in Flammen geraten. Unten den auf der Bühne anwendenden Schauspielerinnen und Statisten entstand ein großes Feuer. Die Schloßfrau, die den „Mephisto“ darstellte, und Rothe, der den „Faust“ spielte, bewahrten sich. So bald sie gesehen, was geschehen war, eilten sie auf die Bühne zu Rothe und warfen Decken über sie, um auf diese Weise die Flammen zu erlöchen. Die junge Schauspielerin, die eine Mephisto in der „Herenküche“ darstellte, war beim Tanzen dem Feuerbecher, der durch Mephisto dem Faust ge-

reicht wird, zu nahe gekommen. Der Zustand des Fräulein Rothe hat sich im Laufe der Nacht glücklicherweise etwas gebessert. Besonders schwere Brandwunden hat die junge Schauspielerin im Gesicht und am Rücken erlitten.

Der Deutsche Bühnenverein hat dem Verbande Deutscher Bühnenschriftsteller den Entwurf für Vertragsregeln zugehen lassen, welche der Bühnenverein für seine Mitglieder hinsichtlich der zukünftigen Abschlüsse von Auftragsverträgen obligatorisch zu machen gedenkt, und hat zu gemeinsamer Bekräftigung dieser Vertragsregeln den Vorstand des Verbandes zu einer Sitzung aufgesucht. Der Verband hat eine Kommission niedergesetzt, bestehend aus dem ersten Vorsitzenden Dr. Max Dreger, dem ersten Schriftführer, Dr. Walter Bloem und den Mitgliedern des Ausschusses: Dr. Oskar Blumenthal, Dr. Ludwig Faber und Hermann Sudermann. Die Kommission hat unter Zugrundelegung eines Entwurfs des Herrn Dr. Oskar Blumenthal einen Gegenentwurf ausgearbeitet und diesen dem Bühnenverein zugehen lassen.

Die Oper von Dvoeac auf der Bühne. Das Stadttheater in Essen wird im nächsten Winter einen literarisch-musikalischen Versuch machen, der auch weitere Kreise interessieren dürfte. Wir kennen bisher nur Carl Loewe, den Balladendramatiker. Direktor Georg Hartmann will nun ein „orientalisches Singpiel“ von Dvoeac zur Aufführung bringen. Es heißt „Die drei Räuber“, und dürfte bis jetzt nur der kleinen Dvoeac-Gemeinde bekannt sein. Dvoeacs „Drei Räuber“ sind an der königlichen Oper in Berlin 1833 zur Aufführung gekommen und hernach verschollen. Direktor Hartmann hat seinerzeit den Klavierauszug ausfindig gemacht, und angezogen von dem Reiz der Musik, die etwa zwischen Weber und Schubert die Mitte hält, das Stück von Neuem aufgefunden, endlich die Partitur, die wohlfeilsten in der königlichen Bibliothek in Berlin gerührt hat. Das Stück ist in Japan geschrieben, die Musik in den alten Formen gehalten, leicht spielbar, dankbar zu singen, edel, deutlich, feurig, oft launig.

Ein verunglückter Bühnenritt. Im Theater von Berners ward das Publikum Zeuge einer aufregenden Szene: In einem Melodrama hatte die Heldin hoch zu Ross auf der Bühne zu erscheinen, aber die Begeisterung für ihre Rolle ließ die Künstlerin zu allzu gewagten Reittänzen fort. Temperamentvoll trieb sie ihren braven Gatte zu feuriger Gangart an, um sich mit ihrem getreuen vierbeinigen Kollegen einen schönen Abgang zu sichern. Allein das Theater von Berners war diesem jählichen Naturalismus nicht gewachsen, die Bretter der Bühne verlogen, es gab ein Entschändes Krachen und Ross und Reiter verschwanden in dunklen Tiefen. Mit einem getöndenen Bein zog man schließlich das Pferd aus den Trümmern. Die Künstlerin kam ohne schwerere Verletzungen davon. Das Theater aber mußte wegen Reparaturarbeiten geschlossen werden.

Luftschiffahrt.

Ausschub der Fahrt des „Zeppelin 1“. Die geplante Fernfahrt des „Zeppelin 1“ nach München ist durch das über Nacht eingetragene regnerische Wetter vereitelt worden. Ein Wind und Wetter, das und treffen die sonstigen Voraussetzungen zu, so kommen für die Fernfahrt jetzt Donnerstags und Freitag in Betracht. Wie bereits gemeldet, ist nach den neuesten Dispositionen eine Landung in München überhaupt nicht mehr beabsichtigt. Wie zur Begründung dieser Maßnahme veröffentlicht die Zeppelin-Gesellschaft in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen bei ihr eingegangenen Brief, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Vernichtung des Flugschiffs in Echterdingen sehr wohl durch einen fliegenden Zigarrenstummel verursacht worden sein kann. Die Gefahr für das Luftschiff wachse mit der Größe einer für die Landung ausersehenen Stadt und werde auf der windreichen Münchener Höheebene und bei dem zu erwartenden Zubranger der Menschenmassen aus der großen Stadt eine ganz bedeutende sein. — Die Luftschiffahrt mit „3. 1“ werden fortgesetzt. Es dürfte zunächst eine Landung auf dem Grenzortlage zu Weingarten vorgenommen werden. Der Fernfahrt steht, abgesehen von Wetterungsverhältnissen, nichts mehr im Wege, denn das Luftschiff ist geteilt nach jeder Richtung hin geprüft worden, ob sein Zustand nach den hohen Anforderungen der letzten Zeit noch einer Fernfahrt nach München entspricht. Es wurde eine Gasnachfüllung vorgenommen. Die Motore und die Luftschrauben wurden gleichfalls genau geprüft. Der kleine Schaden am Hecksteuer, der bei der letzten Fahrt in die Halle entstanden war, ist nunmehr gleichfalls repariert worden, so daß „3. 1“ für eine größere Fernfahrt durchaus gerüstet ist.

Vermischtes.

„Ceddy geht zur Jagd.“ Die Ausreise Roosevelt nach Afrika hat unter großen Sympathieausdrücken des Publikums auf dem deutschen Dampfer „Hamburg“ stattgefunden. Amüsante Einzelheiten berichtet der „Tag“:

Roosevelts Absicht war von einer nicht endemossenden Reihe von Ovationen begleitet. Roosevelt trat die Raketenuniform seines Kavallerie-Regiments. Als er in Nycterbach den Zug bestieg, war er in der besten Laune und schüttelte wohl 500 von den vielen tausend Farmern, die auf allen Stationen warteten, um ihm Adieu zu sagen, die auf den Den Reportern sagte Roosevelt, er werde Professor Starr, der behauptet hat, er werde nie aus Afrika heimkehren, Lügen strafen. Er fürchtete sich weder vor Nashörnern noch Fieber. Vor der Dampferhalle in Hoboken warteten etwa 5000 Menschen auf den ehemaligen Präsidenten, und er konnte nicht umhin, einige kurze Abschiedsworte anzuhören. Unter den Klängen von einem Dutzend Kapellen an Land und der Schiffkapelle dampfte die „Hamburg“ den Northröder hinauf. Roosevelt stand auf der Brücke neben dem Kapitän, schwenkte seinen Kavalleriehut, lachte und zeigte die berühmten Zähne.

„Grüß Gott, Herr Hauptmann!“ Der brave Schuster Roigt, alias Hauptmann von Köpenick, ist noch immer ein sehr populärer Mann. Auch unter Soldaten. Ein militärisches Honour für den „Hauptmann von Köpenick“ hat aber jetzt für eine Anzahl Angehöriger der Garnison Würzburg üble Folgen. Anlässlich des kürzlichen Gastspiels des Schuhmachers Roigt in Würzburg erlaubten sich einige Soldaten den „Witz“, mit militärischem Honour an dem fälligen Hauptmann vorzutreten und ihm ein „Grüß Gott, Herr Hauptmann!“ zuzurufen. Der Fall kam zur Anzeige

und der Regimentschef verhängte gegen die witzigen Marsjünger Arreststrafen.

Eine sjaenerische Szene bot sich den Bemohnern von Santa Maria Capua Vetere in der Provinz Galeria dar. Der Kaufmann Pasquale Abate betrat den Balkon seines Hauses und hielt an seine Mitbürger, die in Massen herbeiströmten, eine Rede voll selbstamer parlamentarischer und religiöser Ideen. Die Menge merkte bald, daß sie es mit einem Christen zu tun hatte, zeigte aber den Aemtern durch frenetischen Applaus zu weiteren Darbietungen seiner Verehrlichkeit, die sich noch steigerte, als er den Kleinkind seiner Söhne die beiden Haare ergriff, ihn über den Balkon in die Luft hievte und schrie: „Für Regeneration Italiens und seines Klerus muß Blut fließen, und ich will auch ein gutes Beispiel geben.“ Jetzt wich der Befehlshaber der Menge einem süßen Entschenschein. In diesem Augenblick sah auch die Mutter, die des Kindes, welches entsetzliches Schicksal diesem drohte. Sie wollte den schreienden Liebhaber der Hand des irrsinnigen Vaters entreißen, aber ergriff seinen Revolver, drückte ihn auf die Mutter ab, verfeuerte aber das Ziel. Endlich gelang es der Mutter, das Kind dem Christen zu entreißen. Da richtete dieser die Waffe auf sich und brach beim dritten Schuß auf dem Balkon vor der unten gestanden, von Schauer geklammerten Menge zusammen.

Letzte Nachrichten.

Harrer Tremmel an den kranken Erzbischof.

München, 24. März. Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht heute einen Brief des Pfarrers Tremmel an den erkrankten Erzbischof von Bamberg, in dem es u. a. heißt: „Der Nummer, den die mit dem Namen Tremmel zusammenhängenden Ereignisse dem kranken Kirchenfürsten verursachen, die liebevollen Ermahnungen meiner geistlichen Mitbrüder sowie die Mahnung meines Innern drängen mich dazu, folgende Erklärung abzugeben: Die Erregung der Gemüter hat mich erkennen lassen, daß weiten Kreisen des ganzen Landes mein Verhalten als nicht mehr im Rahmen seiner Bekanntheit aufgefaßt wird, so daß ich mich hiermit vor meinem Erzbischof bekenne. Ich bedauere Euer Hochwohlgeboren getränkt zu haben, verweigere meine preiserliche Ergebenheit und hoffe, daß diese Erklärung ein Trost in Tagen schwerer Krankheit sein wird.“

Ehetragödie.

Mannheim, 24. März. Der Schuhmacher Wilhelm Lehner hat sich heute vormittag mit seiner Frau, einer ehemaligen Kellnerin, vor dem Schöffengericht wegen eines häuslichen Streites zu verantworten, wobei beide Teile zu je 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden. Am Nachmittag erschien die Frau in der Wohnung des von ihr getrennt lebenden Mannes und bedrohte diesen mit einem Revolver. Es gelang Lehner, die Frau auf die Straße zu drängen; dort feuerte sie jedoch drei Schüsse ab, von denen zwei den Mann im Kopf und in der Schulter lebensgefährlich verletzten.

Das Urteil im Wiener Raubmordprozess. Berlin, 24. März. Der Handlungsgehilfe Hentel, der am 8. Dezember 1908 den Juwelier Frankfurter in seinen Laden in Wien erschoss und beraubte, wurde vom Schwurgericht zum Tode und zu Schwerzluft verurteilt.

Castros Pläne.

Köln, 24. März. Präsident Castro soll entgegen anderen Meldungen sich heute auf der Fahrt nach Paris zu einigen Journalkisten über seine Zukunftspäne ausgelassen haben. Castro wird sich tatsächlich Ende dieser Woche in Bordeaux einschiffen, und zwar wird er, da ihm der Aufenthalt in Venezuela verboten wurde, Colon anlaufen. Von hier aus will er an seine Getreuen einen Aufruf erlassen und von der venezolanischen Regierung verlangen, daß sie ihm ein freies Geleite nach Caracas zusichere. Castro will hier öffentlich Rechenschaft über seine Tätigkeit als Präsident der Republik geben und glaubt voller Zuversicht, daß es ihm gelingen werde, seine Feinde zum Schweigen zu bringen und sich wieder auf den Präsidentenstuhl zu erheben.

Zur Balkankrise.

Wien, 24. März. Falls die neuerlichen Vorschläge der Mächte erfolglos bleiben, wird am Sonnabend Graf Forstner eine Note sehr energischen Inhalts überreichen.

Belgrad, 24. März. Nach den letzten Nachrichten aus dem Parlament hat die Friedenspartei eine kleine Verfassung erhalten, so daß die Hoffnung wächst, Serbien werde sich noch in letzter Stunde den Wünschen Oesterreichs fügen. Demungeachtet bleibt die Lage sehr ernst und die Wahrscheinlichkeit, daß die Kriegspartei die Oberhand behält, immerhin bestehen.

Die Wirren in Kleinasien.

Konstantinopel, 24. März. Die Lage im Vilajet Smyrna ist jetzt immer noch zu dem ehemaligen Großvezir Ferid-Pascha, der den Posten eines Wali angenommen hat, reist morgen nach dem gefährlichsten Vilajet ab. Ein albanesischer General ist ihm attached. Auch sind 4 Bataillone unterwegs. Die Agitation gegen Ferid Pascha wird eifrig betrieben. Der Großvezir erklärte, er und das Kabinett würden demissionieren, wenn die Treibereien nicht ein Ende nehmen.

Kirchliche Nachrichten.

Gemeinschaftssäle, Alte Promenade 8. Donnerstag ab. 8 1/2 Uhr Bibeldunde, geleitet von Stud. phil. Arnold.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Vermischtes: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Ewald Alexander-Rag; für den Inlandsteil: Friedrich Endruslat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Eämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — „Mitteldeutsche Unterhaltungsblätter“.

242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500

